

Delegierten- unterlagen

2. Versendung
20. November 2015

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Königstr. 78 - 70173 Stuttgart
Fon: +49 (711) 993590
Fax: +49 (711) 9935999
<http://www.gruene-bw.de>
landesverband@gruene-bw.de

INHALTSVERZEICHNIS

Vorschlag zur Tagesordnung

Fristen für Delegiertenunterlagen

Delegiertenschlüssel und Delegiertenmeldung

Merkblatt zur barrierefreien Veranstaltung

Erläuterungen zu Änderungsanträgen zum Programm

Änderungsanträge zum Programm:

WP-PRÄ	Präambel zum Wahlprogramm
WP-1701	Transparenz bei Forschungsprojekten
WP-1701/2	Forschungsethische Fragen
WP-3307	Unabhängige Ombudsstellen an Oberlandesgerichten
WP-3348	Willkommensland Baden-Württemberg: Wir schaffen das Miteinander

Eigenständige Änderungsanträge:

V1	Keine Kriegsunterstützung von Baden-Württemberg aus
----	---

VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Samstag, 12. Dezember 2015

11.00 Uhr: **Eröffnung:** GLV

Grußwort für die Stadt Reutlingen: Oberbürgermeisterin Barbara Bosch

Grußwort des KV Reutlingen: Kreisvorstand

TOP Formalia

Präsidium, Tagesordnung, Mandatsprüfungskommission, Wahlkommission

TOP Aktuelle Aussprache

Rede des Landesvorstands: LandesvorsitzendeR
danach Aussprache

TOP Wahlprogramm

Einbringung Präambel und Gesamtprogramm: Landesvorstand
danach Aussprache
Abstimmung der Änderungsanträge
Abstimmung über gesamtes Kapitel

Unser Erfolgsrezept für Baden-Württemberg: Wirtschaftskraft und Nachhaltigkeit

*Einbringung: N.N.
danach Aussprache
Abstimmung der Änderungsanträge
Abstimmung über gesamtes Kapitel*

Mit Herz und Verstand: Moderne Energiepolitik schützt das Klima

Der Kern unserer Sozialpolitik: Zutrauen und Befähigen

Unser Kapital heute und morgen: Bildung, die alle Stärken entfaltet

Gutes Leben in Stadt und Land

GRÜNE: Umweltpolitik: Für einen maßvollen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen

Gesellschaft in Bewegung: Ein Paradigmenwechsel zu einer nachhaltigen Mobilitätspolitik

TOP Sonstige Anträge und Resolutionen

19:30 Uhr **Ende des ersten Tages**

Sonntag, 13. Dezember 2015

9.00 Uhr: **Eröffnung: GLV**

TOP Grußworte

TOP Fortsetzung Wahlprogramm

Wir leben Beteiligung, Demokratie und Engagement

Keine Sicherheit ohne Freiheit, keine Freiheit ohne Sicherheit

Willkommensland Baden-Württemberg: Neue Wege in der Flüchtlings- und Asylpolitik

Lebendige Gesellschaft: Für eine Politik des Ermöglichs

Abstimmung über das geänderte Gesamtprogramm

TOP ggfs. Fortsetzung Sonstige Anträge und Resolutionen

13:00 Uhr **Ende des Parteitags**

Stand: 16.11.2015

AUSSENDEFRISTEN FÜR DELEGIERTENUNTERLAGEN

Zur Landesdelegiertenkonferenz verschickt die LGS im Auftrag der Antragsteller*innen Unterlagen an alle Delegierten. Dafür gelten folgende Einsendefristen:

FRISTENDE ÄNDERUNGSANTRÄGE ZUM PROGRAMM:

- Einsendefrist: Freitag, 27. November 2015 um 12.00 Uhr in der LGS

TISCHVORLAGE:

(Initiativanträge, Änderungsanträge für alle eigenständigen Anträge aus der 1. und 2. Versendung und Resolutionen)

- Einsendefrist: Mittwoch, 9. Dezember 2015 um 12.00 Uhr in der LGS

Achtung: Unterlagen, die nicht rechtzeitig als Tischvorlage eingereicht werden, müssen selbst vervielfältigt und in einer Auflage von 250 Stück zur LDK mitgebracht werden.

Antragsberechtigt sind:

- Kreisverbände
- Ortsverbände
- Landesvorstand
- Landesfinanzrat
- Grüne Jugend
- Kommunalpolitische Vereinigung GAR
- LAGen
- oder mindestens 10 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen

DELEGIERTENSCHLÜSSEL 2015

Kreisverband	Mitgliederzahl 31.12.2014:	Zahl der Delegierten:
Aalen	135	3
Alb-Donau	123	3
Biberach	80	2
Bodensee	180	4
Böblingen	290	7
Breisgau-Hochschwarzwald	281	6
Calw	113	3
Emmendingen	131	3
Esslingen	393	9
Ettlingen	60	2
Freiburg	503	11
Freudenstadt	53	2
Göppingen	160	4
Heidelberg	318	7
Heidenheim	71	2
Heilbronn	204	5
Hohenlohe	70	2
Karlsruhe	341	8
Karlsruhe-Land	247	6
Konstanz	248	6
Kurpfalz-Hardt	130	3
Lörrach	182	4
Ludwigsburg	402	9
Main-Tauber	123	3
Mannheim	229	5
Neckar-Bergstraße	162	4
Neckar-Odenwald	69	2
Odenwald-Kraichgau	232	5
Ortenau	210	5
Pforzheim/Enzkreis	184	4
Rastatt/Baden-Baden	162	4
Ravensburg	115	3
Rems-Murr	266	6
Reutlingen	186	4
Rottweil	59	2
Schwäbisch Gmünd	72	2
Schwäbisch Hall	126	3
Schwarzwald-Baar	138	3
Sigmaringen	64	2
Stuttgart	864	20
Tübingen	381	9
Tuttlingen	59	2
Ulm	161	4
Waldshut	144	3
Wangen	67	2
Zollernalb	66	2
	8854	210

DELEGIERTENMELDUNG

Kreisverband: Datum:

So nicht anders gekennzeichnet, werden die Unterlagen per E-Mail verschickt

Delegierte (bitte Namen und Adressen angeben):

- | | |
|----------|------------|
| 1. | O per Post |
| 2. | O per Post |
| 3. | O per Post |
| 4. | O per Post |
| 5. | O per Post |
| 6. | O per Post |
| 7. | O per Post |
| 8. | O per Post |
| 9. | O per Post |
| 10. | O per Post |

Ersatzdelegierte:

1.
2.
3.
4.
5.
6.
7.
8.
9.
10.

Wichtiger Hinweis:

**Für die Wahl der Delegierten gilt das Frauenstatut der Landessatzung. Das bedeutet:
Mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten und Ersatzdelegierten müssen Frauen sein.**

**Sollten nicht genügend Frauen kandidieren, kann die Kreismitgliederversammlung beschließen,
die Plätze auch für Männer zu öffnen.**

**Kann eine weibliche Delegierte nicht an der LDK teilnehmen, rückt zuerst eine weibliche
Ersatzdelegierte nach.**

WIR MÖCHTEN BARRIEREN ABBAUEN!

Bitte kreuze an, was Du für eine barrierefreie Teilnahme benötigst.

Ich brauche:

- Gebärdensprachdolmetschung
- Schriftdolmetschung
- FM-Anlage
- Induktionsschleife
- Leichte Sprache
- Assistenz vor Ort
- Wegbegleitung zum Ort
- Ruheraum
- Informationen zur Barrierefreiheit am Tagungsort, und zwar zu:

Informationen zu barrierefreien Hotels (für Rollstuhlfahrer/innen)

Anderes (z.B. freie Sicht auf Referent/in):

Ich bringe mit:

- Persönliche Assistenz
- Blindenführhund
- Anderes: _____

Absender/in:

Bitte unbedingt bis zum 20.11.2015 ausgefüllt an die Landesgeschäftsstelle faxen (0711-99 35 999) oder schicken (Königstr. 78, 70173 Stuttgart).

ÄNDERUNGSANTRÄGE ANS PROGRAMM

Um das Verfahren möglichst transparent und einfach zu gestalten wollen wir Euch nachfolgend ein paar Hinweise geben:

Redaktionelle Fehler / Anregungen

In den letzten Monaten wurde der Programmentwurf häufig angepasst, umgestellt, korrigiert oder anders formatiert. Wir haben dies mit größter Gewissenhaftigkeit erledigt und den Entwurf auch in einigen Schleifen Korrektur lesen lassen. Wir befürchten, dass Euch trotzdem noch einige Fehler auffallen werden.

Um diese einfach und schnell erledigen zu können, bitten wir Euch um eine kurze E-Mail unter Angabe der Zeile an korrektur@gruene-bw.de. Wir greifen die Anregung auf und setzen sie bei der Endfassung des Programms um. Hierfür ist selbstverständlich keine Antragsberechtigung notwendig.

Inhaltliche Änderungsanträge zum Programmtext

Wir haben das Programm in den letzten Monaten in einem noch nicht dagewesenen Beteiligungsprozess breit in der Partei diskutiert. Und doch wird es von Euch den einen oder anderen Änderungswunsch geben.

Um Euch und uns das Verfahren möglichst einfach zu machen, haben wir nachfolgend ein paar Erläuterungen zu Änderungsanträgen verfasst:

Ich möchte einen Änderungsantrag stellen:

Für einen Antrag gibt es die formale Voraussetzung einer ausreichenden Unterstützung (siehe Blatt „Aussendefristen“ unten). Sind diese gegeben, schickt uns Euren Antrag **bis spätestens 27. November 2015** bitte **unformatiert** (keine Streichung, nicht kursiv, fett oder unterstrichen) im E-Mail-Text oder als Word/OpenOffice-Dokument unter **Angabe der Antragsberechtigung/Unterstützer*innen** an programm@gruene-bw.de.

Ich möchte etwas ergänzt haben:

In Zeile xxx ergänze nach „[hier Zitat des vorherigen Satzes einfügen]“: „[hier neuen Text einfügen]“

Ich möchte etwas gestrichen haben:

In Zeile xxx streiche „[hier zu streichendes Zitat aus Programm einfügen]“.

Ich möchte etwas geändert haben:

In Zeile xxx ersetze „[hier bestehenden Text aus Programm einfügen]“ durch „[hier neuen Text einfügen]“

Antragssteller*innen/Unterstützer*innen sind in dieser Form anzugeben: „Vorname Name (KV xxx), Vorname Name (KV xxx),...“

Bitte habt Verständnis, dass wir nur Änderungsanträge in diesem Format annehmen werden.

Antragssteller*in: Landesvorstand

I. Präambel

- 1 Grün passt zu Baden-Württemberg: Seit fast fünf Jahren regieren wir GRÜNE in einer Koalition mit
2 der SPD das Land. Wir haben viel bewegt und viel erreicht - das Land ist in einer hervorragenden
3 Verfassung. Auch und gerade angesichts der gewaltigen Herausforderungen, vor denen wir ste-
4 hen, ist eine GRÜN-geführte Landesregierung wichtiger denn je.
- 5 Die Welt ist in Bewegung geraten. Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und Verfol-
6 gung. Viele von ihnen suchen Hilfe in Europa, in Deutschland, bei uns in Baden-Württemberg. Die
7 Herausforderung, all diese Menschen in Not gut unterzubringen, ist groß für Land und Kommu-
8 nen. Und diejenigen zu integrieren, die bleiben werden, ist eine ebenso große Aufgabe.
- 9 In solchen Zeiten ist es gut, sich seiner Heimat zu vergewissern, seiner Wurzeln und Werte. Mit
10 einer eigenen, gefestigten Identität fällt es leichter, Menschen aus anderen Kulturen aufzuneh-
11 men. Es sind Werte wie Verantwortung, Freiheit und Weltoffenheit, die uns dazu veranlassen und
12 die es uns ermöglichen, zu helfen. Und es ist das Wissen um den Wert von Heimat, das uns ver-
13 deutlicht, dass all diesen Menschen Schlimmes widerfahren sein muss, damit sie Haus und Heimat
14 verlassen haben und Hilfe in der Fremde suchen. Wir werden alles dafür tun, dass die Menschen,
15 die zu uns geflohen sind und die bei uns bleiben werden, in wenigen Jahren sagen: Ja, Baden-
16 Württemberg ist meine neue Heimat.
- 17 Wir sehen die Schwierigkeiten, die wir überwinden müssen. Wir unterschätzen keineswegs die
18 Anstrengungen, die wir als Gemeinschaft unternehmen müssen, um all die Menschen aufzuneh-
19 men und zu integrieren. Aber wir sehen auch die Chancen und Potentiale für unsere Gesellschaft.
20 Viele Menschen in unserem Land engagieren sich mit viel Herzblut ehrenamtlich. Sie leisten da-
21 mit einen unerlässlichen Beitrag für das Gemeinwohl.
- 22 Baden-Württemberg ist ein reiches Land. Reich an schönen Landschaften. Reich an fleißigen, en-
23 gagierten Menschen. Reich an kreativen und innovativen Köpfen. Reich an gut aufgestellten, er-
24 folgreichen Unternehmen. Es ist ein Glück, hier zu leben.
- 25 Wir haben eine starke Wirtschaft. Damit unsere Unternehmen weiterhin erfolgreich arbeiten, för-
26 dern wir die Märkte der Zukunft, hier insbesondere die seit Jahren prosperierenden grünen Tech-
27 nologien. Wer könnte das besser als eine grün-geführte Regierung. Wir unterstützen die Bemü-
28 hungen um Ressourceneffizienz und tragen unseren Teil dazu bei, dass Trends der Zukunft wie
29 die Digitalisierung in unseren Unternehmen ankommen.
- 30 Wir müssen unseren Wohlstand auch den künftigen Generationen sichern und Wachstum vom
31 Raubbau an Ressourcen und Natur abkoppeln. Denn hier gilt der Gründungssatz unserer Partei:
32 „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“.
- 33 Wir bekämpfen den Klimawandel und forcieren die Energiewende. Damit machen wir Baden-
34 Württemberg unabhängiger von endlichen, fossilen Energieträgern. Saubere, erneuerbare Energie
35 - das grüne Thema von Beginn an. Wir steigen konsequent aus der Atomenergie aus und erleben
36 seit einigen Monaten den Durchbruch beim Ausbau der Windkraft in unserem Land.
- 37 In Zeiten grassierenden Politikverdrosses setzen wir auf die Politik des Gehörtwerdens von unse-
38 rem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Auf transparente Politik, auf Bürgerbeteiligung
39 und eine engagierte Bürgerschaft. Wir haben gebrochen mit einer Politik, die nur von oben nach

40 unten durchregiert hat. Wir beziehen die Menschen in die Entwicklung unserer Politik mit ein.
41 Ihre Impulse und Meinungen sind uns wertvoll, Kritik ist willkommen.

42 In einem Land mit wenig natürlichen Ressourcen sind kluge Köpfe das Kapital. Wir investieren
43 deshalb so viel in Bildung und in eine gute Kinderbetreuung wie nie zuvor. Wir modernisieren
44 unser Schulsystem, statten unsere Hochschulen optimal aus und wollen, dass Herkunft nicht län-
45 ger über den Bildungserfolg entscheidet. Kein Kind wird zurückgelassen. Jede Schülerin und jeder
46 Schüler soll seiner Begabung entsprechend optimal gefördert werden.

47 Wir schützen und bewahren unsere schönen Landschaften und sorgen – egal ob Straße, Schule
48 oder Breitband – für eine gute Infrastruktur im Ländlichen Raum. Und einen kleinen Teil unseres
49 Landes überlassen wir komplett der Natur – in unserem „Nationalpark Schwarzwald“.

50 Wir setzen auf die Menschen im Land, auf die vielen innovativen Unternehmen und engagierten
51 Beschäftigten, auf ein intaktes und aktives Gemeinwesen. Wir sehen unsere Aufgabe als Regie-
52 rungspartei darin, Anregungen zu geben, Wege aufzuzeigen und Handlungsspielräume zu defi-
53 nieren.

54 Grün steht für eine Politik des Ermöglichens. Wir ermöglichen die Vereinbarung von Familie und
55 Beruf - durch eine bessere Kinderbetreuung. Wir wollen, dass die Pendlerinnen und Pendler sich
56 entscheiden können zwischen dem Auto und dem öffentlichen Nahverkehr - und bauen deshalb
57 Bus und Bahn aus. Wir machen es möglich, dass auch gleichgeschlechtliche Paare endlich heira-
58 ten dürfen. Wir wollen, dass sich mehr Menschen biologische Lebensmittel für sich und ihre Kin-
59 der leisten können - und fördern die biologische Landwirtschaft im Land. Wir wollen, dass Stu-
60 dieren für alle möglich ist - und haben die Studiengebühren abgeschafft. Wir schreiben Gemein-
61 schaftsschulen nicht vor – wir ermöglichen sie. Wir leben Inklusion und lassen Eltern mit behin-
62 derten Kindern nun frei entscheiden, ob ihr Kind auf die Sonder- oder auf die Regelschule gehen
63 soll.

64 Natürlich verlangt ein Ermöglichen auch Grenzen zu ziehen. Auch das ist Aufgabe von Politik,
65 denn grenzenlose Freiheit nützt nur wenigen Starken und viele kommen dabei unter die Räder.
66 So haben wir den Mieterschutz gestärkt, damit Menschen mit geringerem Einkommen auch in
67 Ballungsräumen noch wohnen können. Das Tariftreue- und Mindestlohngesetz gewährleistet,
68 dass Menschen tatsächlich von ihrer Arbeit leben können. Wir haben das Erneuerbare Wärmege-
69 setz aufgelegt, das dafür sorgt, dass im Laufe der kommenden Jahre alte Heizungen durch neue,
70 emissionsarme Heizgeräte ersetzt werden.

71 Baden-Württemberg ist ein liebenswertes Land. Die Menschen leben gerne hier, es geht uns gut.
72 Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass es so bleibt. Das war unser Auftrag in den letzten fünf
73 Jahren und diesem Auftrag sehen wir uns weiterhin verpflichtet.

74 Damit es so gut bleibt, wie es ist, müssen wir uns alle jeden Tag aufs Neue nach der Decke stre-
75 cken und dürfen nicht nur auf die Rezepte von gestern vertrauen. Wir müssen uns weiterentwi-
76 ckeln und immer wieder Mut zur Veränderung zeigen. Nur so konnten unsere Unternehmen über
77 so viel Jahre hinweg ihre Spitzenposition auf den Weltmärkten erhalten. Nur so werden wir in
78 Bildung und Forschung weiter spitze bleiben. Nur so werden wir unsere schönen Kulturlandschaf-
79 ten bewahren und unsere Umwelt schützen können. Nur so werden wir den solidarischen Zusam-
80 menhalt von Jung und Alt festigen. Nur so werden wir auch das lebendige Gemeinwesen in unse-
81 rem Land erhalten und Teilnahme an und Akzeptanz von Politik stärken können.



- 82 Wir haben dazu vieles auf den Weg gebracht, aber wir sind noch lange nicht fertig. Das vor Ihnen
83 liegende Programm gibt Aufschluss darüber, welchen Kurs wir für unser Land fahren wollen und
84 was wir in den nächsten Jahren vorhaben. Wir wollen weiter für eine innovative Wirtschaft, für
85 eine gesunde Natur, für starke Familien und für eine offene Bürgergesellschaft arbeiten. Aus Ver-
86 antwortung für die Zukunft. Aus Verantwortung für unser Land.
- 87 Unterstützen Sie uns bei der Wahl am 13. März 2016! Helfen Sie mit, dass wir GRÜNE und unser
88 Ministerpräsident Winfried Kretschmann Baden-Württemberg weiter erfolgreich regieren!]
- 89 GRÜN WÄHLEN FÜR KRETSCHMANN!

Antragssteller*in: David Hellwig (KV Konstanz), u.a.

In Zeile 1701 ergänze nach „ihrer Arbeit zu reflektieren.“:

- 1 „Auch die Gesellschaft hat ein Anrecht darauf zu erfahren, was an den Hochschulen geschieht.
- 2 Den mit dem neuen Landeshochschulgesetz eingeschlagenen Weg hin zu mehr Transparenz bei
- 3 Forschungsprojekten wollen wir deshalb weiterverfolgen. Transparenz ist die Grundlage für den
- 4 kritischen Diskurs an Hochschulen und für die öffentliche Rechenschaft der Hochschulen gegen-
- 5 über der Gesellschaft.“

Antragsteller*innen:

David Hellwig (KV Konstanz), Jessica Messinger (KV Rems-Murr), Alexander Salomon (KV Karlsruhe), Lena C. Schwelling (KV Ulm), Alexander Link (KV Stuttgart), Joshua Konrad (KV Karlsruhe), Catherine Kern (KV Hohenlohe), Jan Otto (KV Konstanz), Pia Leis (KV Konstanz), Christian Thies (KV Konstanz)

Antragssteller*in: David Hellwig (KV Konstanz), u.a.

In Zeile 1701 ff. ersetze „Wir begrüßen es, wenn Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen Auseinandersetzungen über derartige Fragen institutionell verankern.“ **durch**

- 1 „Wir wollen an Hochschulen durch die verbindliche Einrichtung wissenschaftsadäquater Gremien
- 2 Räume schaffen, in denen Auseinandersetzungen über forschungsethische Fragen geführt werden
- 3 und unterstützen es, wenn andere Forschungseinrichtungen Auseinandersetzungen über derar-
- 4 tige Fragen institutionell verankern.“

Antragsteller*innen:

David Hellwig (KV Konstanz), Jessica Messinger (KV Rems-Murr), Alexander Salomon (KV Karlsruhe), Lena C. Schwelling (KV Ulm), Alexander Link (KV Stuttgart), Joshua Konrad (KV Karlsruhe), Catherine Kern (KV Hohenlohe), Jan Otto (KV Konstanz), Pia Leis (KV Konstanz), Christian Thies (KV Konstanz)

Antragssteller*in: Dorothee Granderath (KV Ortenau), u.a.

In Zeilen 3307 bis 3311 streiche

- 1 Zudem wollen wir zur Verbesserung des Informations- und Beschwerdeservice in der Justiz an
- 2 den Oberlandesgerichten unabhängige Ombudsstellen einrichten. Diese gehen Beschwerden
- 3 nach und werden vermittelnd tätig. Dadurch tragen sie erheblich zum Rechtsfrieden bei und stär-
- 4 ken das Vertrauen in die Arbeit der Justiz.

Begründung:

So gut es vielerorts ist, Ombudsstellen einzurichten, so wenig wird diese Forderung den Besonderheiten der Justiz gerecht. Sie ist vielmehr unvereinbar mit der verfassungsrechtlich geschützten richterlichen Unabhängigkeit.

Wer welche Informationen (z.B. Akteneinsicht) erhält ist gesetzlich genauso geregelt wie die Frage von Rechtsmitteln gegen richterliche Entscheidungen. Wer sich nicht gegen den Inhalt einer richterlichen Entscheidung, sondern gegen das Verhalten eines Richters wehren will, kann einen Befangenheitsantrag stellen oder eine Dienstaufsichtsbeschwerde erheben.

Dagegen kann es kein Recht einer nicht am Verfahren selbst beteiligten "Ombudsperson" geben, sich auf Wunsch einer Partei oder eines Beteiligten in laufende (oder gar rechtskräftig abgeschlossene) Verfahren einzumischen.

Ombudsstellen können nichts zum Rechtsfrieden oder zum Vertrauen in die Justiz beitragen.

Antragsteller*innen:

Dorothee Granderath (KV Ortenau), Heidemarie Vogel-Krüger (KV Rems), Thomas Marwein (KV Ortenau), Alfred Baum (KV Ortenau), Sandra Boser (KV Ortenau), Norbert Hense (KV Ortenau), Jürgen Ochs (KV Ortenau), Wilhelm Dorn (KV Ortenau), Holger Steenhoff (KV Ortenau), Sven Täubert (KV Ortenau), Dirk Grunert (KV Mannheim), Claus Vollmer (KV Ortenau)

Antragssteller*in: Landesvorstand

Die Zeilen 3348-3501 werden durch folgenden Text ersetzt

1 **XIII. Willkommensland Baden-Württemberg: Wir schaffen das Miteinander**

2 **a) Menschlich und mutig handeln: Gemeinsam Verantwortung für Flüchtlinge übernehmen**

3 Weltweit sind mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, Gewalt, Terror
4 und Verfolgung. Viele von ihnen suchen Hilfe in Europa, in Deutschland, bei uns in Baden-Würt-
5 temberg. Als chancenreiches und wohlhabendes Land haben wir eine besondere Verantwortung
6 gegenüber Flüchtlingen. Eine große Verantwortungsgemeinschaft aus Land, Kommunen und Zi-
7 vilgesellschaft legt ein beeindruckendes Engagement an den Tag, um den Herausforderungen bei
8 der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen bestmöglich gerecht zu werden.
9 Dafür sind wir dankbar und darauf können wir stolz sein.

10 Wir GRÜNE begegnen dieser großen humanitären Herausforderung mit einer Haltung der Verant-
11 wortlichkeit. Wir sehen die Schwierigkeiten, die wir überwinden müssen. Wir unterschätzen kei-
12 neswegs die Anstrengungen, die wir als Gemeinschaft unternehmen müssen, um all die Menschen
13 unterzubringen und zu integrieren. Aber wir sehen auch die Chancen und Potentiale – für die
14 Menschen und für unser Land. Diese Chancen wollen wir gezielt fördern und nutzen: Sei es im
15 Hinblick auf den Fachkräftemangel, auf den demografischen Wandel, die Zukunft unserer Sozial-
16 systeme oder die Kreativität in Zivilgesellschaft, Kultur und Wirtschaft. Wir werden alles dafür
17 tun, dass die Menschen, die zu uns geflohen sind und bleiben werden, in wenigen Jahren sagen
18 werden: Baden-Württemberg ist meine neue Heimat.

19 Wir werden deshalb die Infrastruktur für Integration in Baden-Württemberg ausbauen und wei-
20 terentwickeln, die insbesondere bei Bildung, Arbeit, Wohnen und gesellschaftlicher Integration
21 und sozialer Teilhabe ansetzt. Wir wollen Flüchtlingen nicht nur Zuflucht gewähren, sondern
22 ihnen ein Leben als Teil unserer Gesellschaft ermöglichen. So werden aus Flüchtlingen unsere
23 neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dafür werden in den nächsten Jahren erhebliche gemein-
24 same Anstrengungen notwendig sein. Integration stellt Anforderungen an beide Seiten: Wir ge-
25 ben einen Vertrauensvorschuss, investieren in die Zukunft der Menschen, die zu uns kommen und
26 leben eine Willkommenskultur. Von den Flüchtlingen müssen Integrationswille, Leistungsbereit-
27 schaft und Offenheit für die neue Umgebung beigesteuert werden. Die Grundlage unseres Zusam-
28 menlebens ist unser Grundgesetz. Seine Werte gelten für alle, die in Deutschland leben, für Ein-
29 heimische genauso wie für neu Hinzugekommene. Auf dieser Basis können, wollen und werden
30 wir Integration erfolgreich meistern.

31 **Flüchtlingspolitische Maßnahmen in Baden-Württemberg**

32 Die GRÜN-geführte Landesregierung hat durch kraftvolles und koordiniertes Handeln bereits viel-
33 fältige Maßnahmen für eine bessere Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen
34 auf den Weg gebracht: Eine massive Erhöhung der Plätze in den Landeserstaufnahmeeinrichtun-
35 gen, eine bedeutende Aufstockung der finanziellen Unterstützung für die Kreise und Kommunen,
36 ein Sonderbauprogramm zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge und eine bessere Sprach-
37 förderung sind nur einige Beispiele für die von uns ergriffenen Maßnahmen. In einer großen Ver-

38 antwortungsgemeinschaft mit den Kommunen und den vielen haupt- und ehrenamtlichen Hilfe-
39 rinnen und Helfern sorgen wir weiter dafür, dass Flüchtlinge bei uns gut aufgenommen, unterge-
40 bracht und integriert werden.

41 Wir erleben in Baden-Württemberg eine große Hilfsbereitschaft und einen beeindruckenden
42 Willen zum solidarischen Engagement für Flüchtlinge – und zwar quer durch alle Gesellschafts-
43 schichten, in der Stadt und auf dem Land. Dieser kreative Gestaltungswille ist ein wesentlicher
44 Schritt in Richtung einer gelingenden Integration. Die vielen lokalen Initiativen und Ehrenamtli-
45 chen, die sich vor Ort in der Flüchtlingshilfe engagieren und damit unverzichtbare Arbeit leisten,
46 werden wir weiter ermutigen, vernetzen und fördern. Auch den Flüchtlingen wollen wir mehr
47 Möglichkeiten einräumen, sich aktiv für das Gemeinwesen zu engagieren.

48 **Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen**

49 Unsere große Aufgabe und Verantwortung ist es, Flüchtlingen nicht nur Schutz und Unterkunft zu
50 bieten, sondern sie in die Mitte unserer Gesellschaft aufzunehmen. Das wird uns nicht gelingen,
51 wenn wir Flüchtlinge dauerhaft auf der grünen Wiese oder in Gewerbegebieten zwischen Bau-
52 märkten und Möbelhäusern ansiedeln. Integration kann nur in sozial durchmischten Stadtvierteln
53 gelingen, in denen Neubürger*innen und Alteingesessene gemeinsam leben. Soziale Brennpunkte
54 am Stadtrand sind der falsche Weg: Sie sperren aus statt aufzunehmen, sie verbauen Integrati-
55 onsmöglichkeiten statt Lebenswege in unsere Gesellschaft zu eröffnen. Wir wollen Menschen, die
56 bei uns Schutz suchen, nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern ein neues Zuhause bieten.

57 Dank der GRÜN-geführten Landesregierung steht das Land dabei an der Seite der Kommunen.
58 Speziell für die Bereitstellung von Wohnraum für Flüchtlinge hat das Land den Kommunen für
59 die Anschlussunterbringung ein zusätzliches Bauprogramm in Höhe von 60 Millionen Euro zur
60 Verfügung gestellt. Mit der Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes haben wir bessere Vo-
61 raussetzungen für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen geschaffen. Wir haben mit
62 der Abschaffung der Residenzpflicht für mehr Möglichkeiten bei der Arbeitsplatzsuche und mehr
63 Freiheit, gerade auch beim Miteinander in Vereinen, für Schulausflüge und Verwandtschaftsbesu-
64 che gesorgt. Wir verfolgen das Ziel, die Flüchtlinge dezentral in Wohnungen unterzubringen, mit
65 einer guten Anbindung an das gesellschaftliche Leben und mit Zugang zu Beratungs- und Sprach-
66 angebot. Wir ermutigen die Kommunen, Flüchtlingen über Sozialtickets oder ähnliche, bereits
67 für andere Personengruppen bestehende Angebote den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen,
68 wie Büchereien und Schwimmbädern, sowie die Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen. Denn je
69 schneller Integration beginnen kann, umso schneller werden Flüchtlinge zu einem aktiven Teil
70 unserer Gesellschaft.

71 Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen ist die Gewährleistung und Sicherstellung einer ange-
72 messenen Unterbringung derzeit die vordringliche Aufgabe. Trotz der damit verbundenen Her-
73 ausforderungen wollen wir auch dafür Sorge tragen, den Bedarfen besonders schutzbedürftiger
74 Flüchtlinge gerecht zu werden. Das enge räumliche Zusammenleben in Erstaufnahmeeinrichtun-
75 gen und Gemeinschafts-unterkünften gewährleistet nur eine eingeschränkte Intim- und Pri-
76 vatsphäre. Diese Situation kann das Auftreten von Konflikten begünstigen und auch Gelegen-
77 heitsstrukturen für Gewalt bieten. Insbesondere Kinder, Jugendliche, LSBTTIQ-Menschen, Frauen,
78 Schwangere und gebrechliche Menschen haben einen spezifischen Schutz- und Unterstützungs-
79 bedarf. Sie vor Diskriminierung und Gewalt zu schützen, muss Aufgabe von Gewaltschutzkonzepten
80 sein. Darüber hinaus sind Mindeststandards für die Unterbringung erforderlich. Notwendig
81 sind Unterkünfte oder zumindest Räume, in denen insbesondere Frauen, Schwangere und Mütter

82 mit Kindern unter sich sein können. Auch sollten kultursensible Informationsangebote in ziel-
83 gruppenspezifischer Ausgestaltung vorhanden sein, die über über konkrete Hilfeangebote infor-
84 mieren. Zur Sicherung der Rechte von Flüchtlingen und bei Beschwerden in persönlichen Ange-
85 legenheiten ist die Ombudsstelle für die Flüchtlingserstaufnahme in Baden- Württemberg als
86 wichtige Anlaufstelle zu stärken.

87 **Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen verbessern**

88 Durch die Einführung einer Gesundheitskarte wollen wir Flüchtlingen einen unbürokratischen Zu-
89 gang zu medizinischer Versorgung eröffnen und gleichzeitig Verwaltungsaufwand reduzieren und
90 damit Kosten senken. Endlich wurde auf grüne Initiative hin die bundesgesetzliche Grundlage
91 dafür geschaffen. Mit der Gesundheitskarte müssen Flüchtlinge künftig nicht mehr zuerst zum
92 Amt gehen, bevor sie einen Arzt aufsuchen können. Zudem wird der Impfschutz für Flüchtlinge
93 verbessert und anerkannte Asylbewerber*innen erhalten einen besseren Zugang zu psychothera-
94 peutischer Betreuung. Auch illegalisierten Menschen wollen wir sichere und angemessene medi-
95 zinische Behandlungsmöglichkeiten anbieten und ihren Zugang zur Gesundheitsversorgung ver-
96 bessern.

97 Unter den Menschen, die zu uns kommen, sind vermehrt auch Flüchtlinge mit Behinderung. Um
98 auch für sie eine frühe Integration erreichen zu können, wollen wir Maßnahmen ergreifen, die
99 Teilhabebarrrieren und Barrieren in der gesundheitlichen Versorgung minimieren. Dafür werden
100 wir auch die Vernetzung von Flüchtlingshilfe und Behindertenhilfe unterstützen.

101 Eine besondere Sorgfalts- und Fürsorgepflicht haben wir gegenüber traumatisierten Flüchtlingen.
102 Die GRÜN-geführte Landesregierung hat die Psychosozialen Zentren, die spezialisierte Behand-
103 lungsangebote für diese Menschen vorhalten, besser ausgestattet, da viele der Flüchtlinge fürch-
104 terliche Schicksale zu verarbeiten haben. Es ist für uns ein Gebot der Humanität, dass wir das
105 Angebot zur psychosozialen Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen weiter ausbauen wer-
106 den.

107 Mit der Aufnahme von Frauen und Mädchen aus dem Nordirak, die dort Opfer sexualisierter Ge-
108 walt geworden sind, hat die GRÜN-geführte Landesregierung ein wichtiges und bundesweit bei-
109 spielgebendes Signal für den Flüchtlingsschutz gesetzt. Im Rahmen dieses Kontingents sollen bis
110 zu 1000 Frauen und Mädchen Zuflucht und Sicherheit in Baden-Württemberg finden.

111 **Wege zur Sprache, ins Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt eröffnen**

112 Sprache ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und den Zugang zum Arbeits-
113 markt. Arbeit schafft eine Perspektive, gibt den Menschen Selbstvertrauen und erleichtert die In-
114 tegration. Deshalb hat die GRÜN-geführte Landesregierung das Programm „Chancen gestalten –
115 Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“ auf den Weg gebracht. Das Ziel ist es, die be-
116 ruflichen Qualifikationen und Fähigkeiten der Flüchtlinge frühzeitig zu erheben, ihnen schnellen
117 Zugang zu Sprachkursen zu ermöglichen und damit gleichzeitig auch die Zugangshürden zum
118 Arbeitsmarkt abzubauen. In enger Abstimmung mit den Kreisen und Kommunen wollen wir lan-
119 desweit kommunale Netzwerke zur Arbeitsmarktintegration auch mit Unterstützung der Wohl-
120 fahrtsverbände aufbauen. Dahinter steht unser Wunsch, Flüchtlinge schnellstmöglich ins Arbeits-
121 leben zu integrieren, weswegen wir ihnen Möglichkeiten für Praktika, Ausbildungen und Nach-
122 qualifizierungen eröffnen wollen. Der Bund muss endlich die bürokratische Vorrangprüfung ab-
123 schaffen, die auch von der Bundesagentur für Arbeit, von Unternehmen und Verbänden als über-

124 flüssiges Hindernis kritisiert wird. Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüs-
125 sen muss schnell und unbürokratisch möglich sein. Arbeitsagenturen und Jobcenter brauchen zu-
126 sätzliche Gelder, um die Flüchtlinge mit mehr geschultem Personal zu unterstützen. Ebenso müs-
127 sen die Mittel für Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, aber auch Dolmetscherleis-
128 tungen, aufgestockt werden, denn die Flüchtlinge brauchen wie alle Erwerbslosen Chancen und
129 Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt.

130 Viele baden-württembergische Unternehmen und Handwerksbetriebe versuchen mit großem En-
131 gagement, jungen Flüchtlingen eine berufliche Zukunft in Baden-Württemberg zu eröffnen. Wir
132 GRÜNE werden uns weiter dafür einsetzen, rechtliche Vorschriften zu beseitigen, die die Integra-
133 tion von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt behindern. So hat die GRÜN-geführte Landesregierung
134 auf Bundesebene bereits eine Initiative gestartet, um Asylbewerber*innen während der Schul-
135 und Berufsausbildung einen neuen Aufenthaltstitel zu geben. Gemeinsam mit dem Handwerk und
136 großen Teilen der Wirtschaft machen wir uns weiterhin für die „3 plus 2“-Regelung stark: Keine
137 Abschiebung während der dreijährigen Ausbildung und den sich anschließenden ersten beiden
138 Beschäftigungsjahren.

139 Bildungsgerechtigkeit in einem Land äußert sich auch darin, wie junge Menschen integriert wer-
140 den, die in unserem Land Zuflucht und Schutz suchen. Bei der Integration von Flüchtlingen kommt
141 dem gesamten Bildungssystem eine besondere Bedeutung zu. Beispielsweise stellen die beson-
142 deren Bedürfnisse traumatisierter Flüchtlingskinder eine neue Herausforderung für Erzieherinnen
143 und Erzieher dar. Sie müssen in ihrer Ausbildung entsprechend geschult werden, um auf diese
144 Bedürfnisse kompetent eingehen zu können. Eine herausragende Rolle spielen auch die Vorbe-
145 reitungsklassen an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, in denen Flüchtlinge und
146 andere Kinder und Jugendliche in vergleichbaren Lebenssituationen in enger Zusammenarbeit
147 mit Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe fit gemacht werden für den regulären Schulunterricht
148 und wo sie die Sprachkompetenz für eine Lehre oder ein Studium erwerben können. Damit neu
149 eingewanderte Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft richtig ankommen können und die
150 beste Chancen für die Zukunft erhalten, hat die GRÜN-geführte Landesregierung über 1000 neue
151 Lehrerstellen für Vorbereitungsklassen zur Verfügung gestellt.

152 Auch die Öffnung der Hochschulen für Studieninteressierte, die als Flüchtlinge nach Baden-Würt-
153 temberg kommen, ist ein Zeichen für eine wachsende Bildungsgerechtigkeit unter der GRÜN-
154 geführten Landesregierung. Mit dem neuen Landeshochschulgesetz ermöglichen wir – im Rah-
155 men der bestehenden Zugangs- und Zulassungsvoraussetzungen – die Aufnahme eines Studiums
156 unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Daneben haben wir Flüchtlingen den Zugang zu Studieren-
157 denwohnheimen, Krankenversicherung, Beratung und sozialer Betreuung erleichtert. In Zusam-
158 menarbeit mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst haben wir ein erfolgreiches Studi-
159 enförderprogramm für Flüchtlinge aus Syrien aufgelegt, das wir ausweiten wollen.

160 **Humanität hat Vorrang**

161 Flüchtlinge verlassen ihre Heimat nicht leichtfertig, sondern aus existenzieller Not und unter gro-
162 ßem Druck. Das Asylrecht gehört zum Kernbestand einer humanen Gesellschaft und hat in
163 Deutschland aufgrund seiner historischen Verantwortung eine besondere Bedeutung für die De-
164 mokratie. Es bietet denen Schutz, die unter politischer Verfolgung leiden und um Leib und Leben
165 fürchten müssen.

166 Für uns GRÜNE hat Humanität bei asylpolitischen Entscheidungen Vorrang. Menschen, die zu uns
167 kommen und deren Antrag auf Asyl abgelehnt wird, können nicht bei uns bleiben und müssen
168 unser Land wieder verlassen. Für uns ist hierbei klar, dass die freiwillige Rückkehr Vorrang vor
169 der zwangsweisen Rückführung hat. Deshalb setzen wir auf eine aktive Rückkehrberatung und
170 gezielte Rückkehr- und Reintegrationshilfen. Das Vorgehen muss bei jedem abgelehnten Asylan-
171 trag auf Grundlage der „Leitlinien des Innenministeriums Baden-Württemberg für die Rückkehr-
172 und Abschiebep Praxis“ geprüft werden. Dabei erwarten wir, dass humanitäre Abschiebehindernisse
173 berücksichtigt und Familien nicht getrennt werden. Die GRÜN-geführte Landesregierung hat die
174 Leitlinien für eine humanitäre Einzelfallprüfung erstmals transparent und öffentlich einsehbar
175 gemacht. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, die Abschiebehaft perspektivisch abzuschaf-
176 fen und sie durch mildere Mittel (zum Beispiel Meldeauflagen) zu ersetzen. In der Praxis ist sie
177 ohnehin kaum relevant, die Anzahl der Betroffenen bewegt sich in Baden-Württemberg in der
178 Regel im einstelligen Bereich.

179 **Europa muss neue Wege in der Flüchtlingspolitik gehen**

180 Es ist ein Skandal, welche Flüchtlingskatastrophe sich Jahr für Jahr im Mittelmeer abspielt. Men-
181 schen setzen an den Grenzen Europas ihr Leben aufs Spiel. Damit muss endlich Schluss sein. Wir
182 fordern eine humane Flüchtlingspolitik und setzen uns auf der europäischen Ebene für neue Wege
183 in der Flüchtlingspolitik ein. Unser Ziel ist es, die Dublin-III-Verordnung abzuschaffen und durch
184 ein faires System für Schutzsuchende zu ersetzen. Wir müssen dabei zu einer gerechten Verteilung
185 von Flüchtlingen innerhalb Europas kommen. Europa muss ein einheitlicher Schutzraum mit le-
186 galen und sicheren Zugangsmöglichkeiten für Flüchtlinge werden. Das Konstrukt der angeblich
187 „Sicheren Herkunftsländer“ halten wir im Grundsatz für falsch, da das Asylrecht als Schutzrecht
188 für Individuen keine Pauschalurteile zulässt.

189 **Fluchtursachen bekämpfen**

190 Die Bundesregierung muss sich auf europäischer und internationaler Ebene mit Nachdruck für
191 eine europäische Strategie zur Stabilisierung der fragilen Lage in vielen Herkunftsländern und für
192 ein entschlossenes Handeln der internationalen Staatengemeinschaft zur Bekämpfung von Fluch-
193 tursachen einsetzen. Der Balkan muss wirtschaftlich vorangebracht und stabilisiert, die Zusam-
194 menarbeit mit der Türkei intensiviert werden. Flüchtlingslager vor Ort, beispielsweise im Libanon
195 oder in Jordanien, brauchen unsere stärkere dauerhafte und verlässliche Unterstützung, um eine
196 angemessene Grundversorgung zu gewährleisten, damit die Menschen nicht von dort weiterzie-
197 hen müssen. Eine politische Lösung für Syrien muss konsequent angegangen und die vielen Prob-
198 leme und Konflikte in Afrika verstärkt in den Blick genommen werden. Auch mit einer verfehlten
199 EU-Handelspolitik werden Fluchtursachen geschaffen, wenn Unterdrückungsregime gestärkt und
200 örtliche Lebensgrundlagen zerstört werden, wie dies zum Beispiel bei den EU-Fischereiabkom-
201 men geschieht. Die Flüchtlingskrise kann nur durch eine konsequente gemeinsame Anstrengung
202 auf europäischer und internationaler Ebene wirksam gelöst werden. Wir werden unseren Beitrag
203 dazu leisten.

204 Mit großer Sorge beobachten wir die Situation der Roma auf dem westlichen Balkan, aber auch
205 in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wie Bulgarien, Rumänien oder Ungarn. Wir werden
206 uns weiterhin entschlossen dafür einsetzen, dass die Bundesregierung und die Europäische Kom-
207 mission Druck auf diese Staaten ausüben, dass sie die Rechte von Minderheiten wie der Roma
208 achten und ihre Lebenssituation nachhaltig verbessern. Eine zentrale Fluchtursache für Menschen

209 aus dem Balkan ist Perspektivlosigkeit. Dies betrifft nicht nur, aber insbesondere die Minderhei-
210 ten. Ein erster wichtiger Schritt zu besseren Chancen ist der von uns auf Bundesebene erstrittene
211 legale Zugangsweg in den deutschen Arbeitsmarkt für Menschen aus dem Westbalkan. Sie haben
212 in aller Regel keine Chance auf Anerkennung als Asylsuchende, können sich nun aber als gesuchte
213 Arbeitskräfte eine neue Zukunft aufbauen.

214 **b) Migration und Integration miteinander gestalten**

215 Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland. Wir sind das Flächenland mit dem höchsten Mig-
216 rationsanteil. Auf diese Vielfalt sind wir stolz, denn sie macht Baden-Württemberg stark – kultu-
217 rell, wirtschaftlich, demografisch und sozialstaatlich. Migrantinnen und Migranten tragen schon
218 seit Jahrzehnten wesentlich zum Wohlstand unseres Landes bei und wir werden auch in Zukunft
219 auf Zuwanderung angewiesen sein. Wir wollen die Chancen dieser Vielfalt mit einer aktiven In-
220 tegrationspolitik weiter nutzen und gezielt fördern. Integration bedeutet auch, Verantwortung in
221 unserem Gemeinwesen zu übernehmen: Wir wollen, dass Migrantinnen und Migranten und deren
222 Kinder und Enkel Verantwortung für und in Baden-Württemberg übernehmen.

223 Von einer erfolgreichen Integration profitieren wir alle. Denn wir leben in einer immer älter wer-
224 denden Gesellschaft, der es an Nachwuchs fehlt. Das hat Folgen, auch und gerade für unsere
225 Wirtschaft. So ist der Fachkräftemangel im Südwesten gerade in technisch-naturwissenschaftli-
226 chen Berufen oder im Pflegebereich längst Wirklichkeit. Damit der Wirtschaftsstandort Baden-
227 Württemberg auch in Zukunft erfolgreich bleibt, sind wir auf die Potenziale aller hier lebenden
228 Menschen und die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte angewiesen. Viele qualifizierte Einwan-
229 derer konnten bisher nicht in ihrem erlernten Beruf arbeiten, weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt
230 wurden. Die GRÜN-geführte Landesregierung hat mit dem neuen Landesanererkennungsgesetz die
231 Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen erleichtert.

232 Baden-Württemberg profitiert von der Zuwanderung aus EU-Staaten. Zudem suchen viele Men-
233 schen auf gefährlichen Fluchtwegen nach einer Chance, sich eine gesicherte Existenz aufzubauen.
234 Diesen wäre mit transparenten Zuwanderungsmöglichkeiten, die nicht nur für Hochqualifizierte
235 offen sind, am besten geholfen. Vor dem Hintergrund unserer unter dem Fachkräftemangel lei-
236 denden Wirtschaft wird ein Umdenken in der Migrationspolitik noch dringlicher. Deshalb setzen
237 wir uns auf Bundesebene für ein modernes Einwanderungsgesetz ein. Dabei wollen wir die Be-
238 dürfnisse unserer Wirtschaft ebenso berücksichtigen wie die Situation in den Ursprungsländern.

239 Auf Bundesebene setzen wir uns für die doppelte Staatsbürgerschaft und für eine Abschaffung
240 des Optionszwangs ein. Bis dahin schöpfen wir den bundesgesetzlichen Rahmen aus, um Einbür-
241 gerungen zu erleichtern. Denn die Einbürgerung ist ein wichtiger Schritt für eine erfolgreiche
242 Integration. Die offene Einbürgerungspolitik der GRÜN-geführten Landesregierung hat in den ver-
243 gangenen Jahren bereits Wirkung gezeigt: Mit einer Einbürgerungskampagne haben wir die Zahl
244 der Einbürgerungen Schritt für Schritt um mehr als 30 Prozent gegenüber dem Jahr 2010 erhöht.

245 Von entscheidender Bedeutung für Integration und Chancengerechtigkeit ist der Zugang zu Spra-
246 che und Bildung. Deshalb fängt Integration bei den Kleinen an: Kinder mit ausländischen Wurzeln
247 dürfen nicht länger auf der Strecke bleiben. Das übergeordnete Ziel unserer bildungspolitischen
248 Reformen war und ist es, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Mit mehr
249 Kinderbetreuung und besserer Sprachförderung, mit der neuen Gemeinschaftsschule und dem
250 Ausbau der Ganztagschulen haben wir für mehr Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg
251 gesorgt.

252 Wir setzen uns für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der öffentlichen Unterneh-
253 men in Baden-Württemberg ein. Auf Initiative der GRÜN-geführten Landesregierung ist Baden-
254 Württemberg der „Charta der Vielfalt“ beigetreten. Im Zuge ihrer Umsetzung etablieren wir eine
255 Organisationskultur innerhalb der Landesverwaltung, die kulturelle Vielfalt widerspiegelt und
256 Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz als wichtige zusätzliche Qualifikationen aner-
257 kennt und fördert. Darüber hinaus wollen wir auch die kommunale Integrationsarbeit stärken,
258 die wertvolle Arbeit von Migrantenvereinen fördern und sprach- und kultursensible Angebote
259 im Bereich der sozialen Dienstleistungen ausbauen und verbessern.

260 Wir setzen uns entschieden gegen Ausgrenzung und Rassismus ein. Deshalb hat die GRÜN-ge-
261 führte Landesregierung mit der Fachstelle "Opferberatung gegen rechte, rassistische und antise-
262 mitische Gewalt" konkrete Hilfe für Opfer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geschaffen.
263 Wir werden uns für den flächendeckenden Ausbau von Strukturen der Antidiskriminierungsarbeit
264 einsetzen.

Antragsteller*in: Dietmar Ferger (KV Lörrach), u.a.

Keine Kriegsunterstützung von Baden-Württemberg aus

- 1 Wir, die Landesdelegiertenkonferenz der Partei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, fordern hiermit,
- 2 • angesichts des durch Kriege, Bürgerkriege und kriegsähnliche Zustände verursachten
3 Leids, das Menschen zwingt ihre Heimat zu verlassen und in Europa Schutz zu suchen
4 • in Anknüpfung an die pazifistische Tradition der GRÜNEN
5 dass
- 6 • von baden-württembergischem Boden aus keine direkte oder indirekte Unterstützung
7 von völkerrechtswidrigen Kriegen, kriegsähnlichen Handlungen und militärischen Pro-
8 vokationen ausgehen soll
- 9 • bei nachgewiesenen, dauerhaften Durchführungen völkerrechtswidriger oder gegen
10 deutsches Recht verstoßender Aktionen (wie die Steuerung oder Koordinierung von Tö-
11 tungseinsätzen mit Drohnen, Koordinierung oder Besitz von Atomwaffen, Koordinierung
12 oder Durchführung von völkerrechtlich nicht legitimierten militärischen Einsätzen ...)
13 von in Baden-Württemberg stationierten Truppen deren Stationierungsverträge zum
14 nächstmöglichen Zeitpunkt beendet werden.
- 15 Die Landesregierung wird aufgefordert, bei militärischen Aktionen, die von baden-
16 württembergische Boden ausgehen oder von hier aus koordiniert werden und gegen das Völker-
17 recht oder gegen deutsches Recht verstoßen, Protest einzulegen und sich auf allen politischen
18 Ebenen für die Schließung der militärischen Einrichtungen einzusetzen, von denen diese Aktio-
19 nen ausgegangen sind.

Begründung:

Die Hauptursache, dass Menschen ihre Heimat verlassen und in Europa Schutz suchen müssen, sind Kriege und kriegsähnliche Zustände. Ohne Details diskutieren zu wollen wird deutlich, dass NATO- und US-amerikanische Truppen daran maßgeblich beteiligt sind.

Sowohl Absatz 5 der Präambel der Satzung der GRÜNEN Baden-Württemberg als auch die Absätze 2 und 43 ff des Grundkonsenses des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesverbandes verpflichten Grüne Politik zu einer Politik für Frieden, Abrüstung und Entmilitarisierung.

Die Rechtsgrundlage der Stationierung ausländischer Truppen in Deutschland beruht auf dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland / Aufenthaltsvertrag vom 23.10.1954. Der Aufenthaltsvertrag sieht ein Außerkrafttreten des Vertrages bei einer „friedensvertraglichen Regelung“ vor. Da die Bundesrepublik Deutschland zwar keinen formellen Friedensvertrag, aber u.a. vor 25 Jahren mit dem 2-plus-4-Vertrag de Facto endgültige friedensvertragliche Regelungen mit allen beteiligten Staaten gefunden hat, ist ein Außerkrafttreten des Aufenthaltsvertrages überfällig.

Artikel 3 Abs. 1 Aufenthaltsvertrag vom 23.10.1954, BGBl. vom 24.3.1955: „Dieser Vertrag tritt außer Kraft mit dem Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland oder wenn die Unterzeichnerstaaten zu einem früheren Zeitpunkt übereinkommen, daß die Entwicklung der internationalen Lage neue Abmachungen rechtfertigt.“

Insbesondere die USA unterhalten global mehr als 700 Militärbasen. Davon sind fünf in Baden-Württemberg angesiedelt, zwei mit hoher strategischer Bedeutung und damit massiver Mitverantwortung für Kriege und kriegsähnliche Einsätze in Europa, Afrika und Asien:

1. Das United States European Command (EUCOM) in den Patch Barraks in Stuttgart-Vaihingen. Von hier aus werden alle Operationen der USArmy und der NATO (der Befehlshaber der EUCOM ist gleichzeitig Supreme Allied Commander Europe der NATO) in Europa, Israel und dem größten Teil der Nachfolgestaaten der Sowjetunion dirigiert und geleitet. Auch die Spezialeinheiten der US Armee sowie die europäische Vertretung der National Security Agency (NSA) operieren von den Patch Barraks aus.
 2. Das United States Africa Command (AFRICOM) in den Kelley Barraks in Stuttgart-Möhringen. Von hier aus werden alle Operationen der USArmy in Afrika dirigiert und geleitet.
 3. Das Stuttgart Army Airfield am Flughafen in Leinfelden-Echterdingen, das für Truppen- und Frachttransporte genutzt wird.
 4. Die Panzerkaserne als Hauptquartier der United States Marine Corps Forces in Europe (MARFOREUR) in Böblingen, der EUCOM unterstellt. Von hier aus werden etwa 1.500 US-Marinesoldaten geführt.
 5. Die Coleman Barraks in Mannheim-Sandhofen, die eigentlich aufgelöst werden sollten, wo aber in zunehmendem Maße wieder Soldaten und militärisches Material, insbesondere Panzer, stationiert werden um im näheren europäischen Umfeld schnell einsatzbereit zu sein.
- Neben den US-Streitkräften gibt es noch die Deutsch-Französische Brigade in Müllheim, die u.a. als schnelle Eingreiftruppe der NATO operiert.
 - Aus diesen Fakten wird deutlich, dass sich für die GRÜNEN eine Forderung nach dem Abzug von militärischen Organisationen, die wiederholt an völkerrechtlich nicht ausdrücklich legitimierten Kriegen, Bürgerkriegen, kriegsähnlichen Handlungen, aber auch an militärischen Provokationen anderer Länder direkt oder indirekt beteiligt sind, fast zwingend ergibt.
 - Insbesondere angesichts des unermesslichen menschlichen Leids und Elends, die in den letzten Jahren massiv zugenommen haben und ihre Ursache in völkerrechtswidrigen militärischen Konflikten haben die auch von baden-württembergischen Boden aus gesteuert werden, und angesichts der Tatsache dass militärische Infrastruktur zur Steuerung und Unterstützung dieser militärischen Konflikte in Baden-Württemberg wieder aufstatt abgebaut wird, ist es dringend geboten, mit einer eindeutigen Resolution den Menschen zu sagen, dass wir
 - militärische Lösungen nur dann als letzten Ausweg der Politik akzeptieren können wenn sie völkerrechtlich umfassend legitimiert sind
 - uns gegen jegliche militärische Konfrontationen und Provokationen aussprechen und
 - dafür eintreten, politische Konflikte friedlich, ohne Waffen und nicht auf dem Rücken und auf Kosten der Bevölkerung zu lösen.

Ein erster Schritt, den die baden-württembergischen GRÜNEN leisten können, sollte sein, sich dafür einzusetzen dass Baden-Württemberg nicht mehr die Basis sein kann, von der völkerrechtswidrige militärische Einsätze aus gesteuert und unterstützt werden.

Antragsteller*innen:

Dietmar Ferger (KV Lörrach), Annette Muggenthaler (KV Karlsruhe), Bernd Wipper (KV Bodenseekreis), Margret Böttcher (KV Bodenseekreis), Kerstin Küster (KV Waldshut), Andrea Schwarz (KV Karlsruhe-Land), Elisabeth Maier-Rieg (KV Karlsruhe), Gabriele Thirion-Brenneisen (KV Mannheim), Boris Pasek (KV Lörrach), Michael Dieter (KV Esslingen), Daniel Mathys-Küster (KV Waldshut), Bernd Martin (KV Lörrach), Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau), Hartmut Rieg (KV Karlsruhe), Uwe Mersch (KV Karlsruhe-Land)